



**ANTRAG
DER
FRAKTIONEN
UND
GRUPPEN**



ÖDP- Stadtratsfraktion

Andrea Schmidt
Texasweg 36
97318 Kitzingen
☎ 09321 / 35858
andrea.schmidt-kt@t-online.de

Jens Pauluhn
Am Wilhelmsbühl 12
97318 Kitzingen
☎ 09321 / 9251426
jens.pauluhn@oedp-kitzingen.de

Bianca Tröge
Armin-Knab-Str. 23
97318 Kitzingen
☎ 09321 / 388850
bianca.troege@oedp-kitzingen.de

Antragsdatum :	28.10.2015
Antragssteller :	Bianca Tröge Referentin für soziale Stadt und Stadtteolförderung

Betreff:
Notwohngebiet

Beschlussvorschlag:
(bitte so formulieren, dass mit Ja/Nein darüber abgestimmt werden kann)

- 1.) Die Verwaltung arbeitet, möglichst in Zusammenarbeit mit den Fachbehörden, den tatsächlichen und perspektivischen Bedarf an Wohnungen in der Notunterkunft heraus. Darin sollte auch dargestellt werden, wie lange die Verweildauer einzelner Personengruppen ist. Dabei sind die unterschiedlichen Gründe und die Familiensituation für die Einquartierung in das Notwohngebiet, möglichst in Zusammenarbeit mit den Fachbehörden, zu berücksichtigen.
- 2.) Der notwendige Sanierungs- und Instandhaltungsaufwand für die städtischen Wohnungen in der Egerländer Straße wird unverzüglich ermittelt. Dazu sind die unten stehenden Punkte zu berücksichtigen:
Jede Wohnung sollte zumindest ein Waschbecken (60 cm) mit Warmwasser und möglichst eine Toilette haben. Jede Etage sollte über eine separate Dusche verfügen. Für Frauen und Familien sind Wohnungen mit eigener Dusche und Toilette vorzuhalten.
Spätestens zu den Haushaltsberatungen am 23.02.2016 sind die Kosten vorzulegen und im Haushalt einzustellen.
- 3.) In Zusammenarbeit mit der Regierung von Unterfranken sind mögliche Fördermittel, z.B. aus der Städtebauförderung oder Wohnraumförderung abzuklären.
- 4.) Die Verwaltung prüft in Zusammenarbeit mit den Fachbehörden, ob der Umbau eines Wohnblocks in ein „Schwellenhaus“ mit einem „höheren“ Standard zielführend ist, um die Integration von Bewohnern in ein übliches Wohnumfeld zu

erleichtern. Dieses Anliegen wurde bereits vor Jahren im Bürgerarbeitskreis mit dem Quartiersmanagement diskutiert.

5.) Die Verwaltung setzt sich bei den zuständigen Fachbehörden für den Einsatz und die finanzielle Bereitstellung einer ständigen Sozialberatung vor Ort und eines Hausmeisters ein.

Begründung:

Im Rahmen der AG Soziale Stadt am 26.10.15 wurde aus dem Bürgerarbeitskreis vom 21.10.15 berichtet. Ein Schwerpunktthema war der Zustand im Notwohngebiet. Insbesondere durch den Artikel in der Kitzinger Zeitung vom 19.10.15 geriet die Problematik wieder erneut in den Fokus.

Im Bürgerarbeitskreis „Soziale Stadt“ wurden die Zustände des Notwohngebiets heftig diskutiert. Als Ergebnis wurde herausgestellt, dass der bauliche Zustand der Wohnungen für die Mieter nicht tragbar ist und diesbezüglich ein dringender Handlungsbedarf zur Verbesserung der Wohnsituation besteht.

Die AG Soziale Stadt sieht sich verpflichtet, die Verbesserung der Situation im Notwohngebiet voranzubringen. Dazu soll ein Antrag an den Stadtrat gestellt werden. In diesem Zusammenhang weist sie auf die Gefahr hin, dass das Ansehen der Stadt und des Stadtteils Siedlung nachhaltig geschädigt werden könnte.

Die AG Soziale Stadt appelliert an die Moral der Stadt Kitzingen, über die rechtliche Vorgabe hinaus das Notwohngebiet in einen humanitär vertretbaren Zustand zu setzen. Eine Besichtigung des Notwohngebiets ist dringend zu empfehlen.

Die Stadtratsmitglieder des Arbeitskreises unterstützen diesen Antrag.

Finanzierungsvorschlag (nur bei finanziellen Auswirkungen):

Kitzingen, 28.10.2015

Ort, Datum



Unterschrift Antragssteller

Von der Verwaltung auszufüllen

Antragsnummer	
---------------	--

Eingangsdatum	
Zuständigkeit	
zu behandeln bis	

Entscheidungsergebnis

Gremium	Stadtrat
Sitzung am	

Ergebnis der Abstimmung		:	
-------------------------	--	---	--

Antrag auf sonstige Weise erledigt

- zurückgezogen am
- mit Antwortschreiben vom